

GESELLSCHAFTSVERTRAG

der

Max Mustermann
GmbH & Co. KG

mit Sitz in

Musterstadt

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

=====

- § 1 Firma und Sitz
- § 2 Gegenstand des Unternehmens
- § 3 Geschäftsjahr
- § 4 Gesellschafter und ihre Kapitaleinlagen
- § 5 Gesellschafterkonten
- § 6 Geschäftsführung und Vertretung
- § 7 Geschäftsführung und Vertretung durch die Kommanditisten
- § 8 Jahresabschluss
- § 9 Gesellschafterversammlung
- § 10 Güterstandsklausel
- § 11 Vergütungen an Gesellschafter
- § 12 Beteiligung der Gesellschafter am Ergebnis der Gesellschaft
- § 13 Entnahmerecht
- § 14 Kündigung und Ausscheiden von Gesellschaftern
- § 15 Übertragung von Gesellschaftsanteilen
- § 16 Abfindungen von Gesellschaftern/Entgelt
- § 17 Vorkaufsrecht
- § 18 Tod eines Gesellschafters
- § 19 Testamentsvollstreckung
- § 20 Beendigung der Gesellschaft
- § 21 Gerichtsstand
- § 22 Mediation
- § 23 Schlussbestimmungen

§ 1

Firma und Sitz

- (1) Die Firma der Kommanditgesellschaft lautet:

Max Mustermann GmbH & Co. KG.

- (2) Die Firma hat ihren Sitz in Musterstadt.

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind die eigene Vermögensverwaltung sowie die Verwaltung, Vermietung und Verpachtung von eigenem Grundbesitz, eigenem beweglichen Anlagevermögen sowie sonstiger Gewerbeanlagen und deren An- und Verkauf für eigene Rechnung.
- (2) Im Rahmen dieses Gesellschaftszwecks ist die Gesellschaft berechtigt, sich an anderen Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art zu beteiligen, für diese die Geschäfte zu führen, sie zu erwerben oder Zweigniederlassungen zu errichten.
- (3) Gegenstand des Unternehmens ist ferner der Abschluss aller Geschäfte, die den Zweck des Unternehmens zu fördern geeignet sind.

§ 3

Geschäftsjahr

- (1) Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Zeit errichtet. Sie beginnt ihre Geschäftstätigkeit mit Eintragung ins Handelsregister.
- (2) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 4

Gesellschafter und ihre Kapitaleinlagen

- (1) Persönlich haftende Gesellschafterin ist die

Mustermann Tisch- und Stuhlbau Verwaltungs-GmbH

ohne Kapitaleinlage.

- (2) Kommanditisten sind:

Herr **Max Mustermann**

mit einer Kommanditeinlage von
(85 % des Kapitals)

EURO 850,00

Frau **Marta Mustermann**

mit einer Kommanditeinlage von
(15 % des Kapitals)

EURO 150,00

- (3) Die Komplementär-GmbH (Komplementärin gem. § 4 Abs. 1) ist zur Gestellung einer Kapitaleinlage weder berechtigt noch verpflichtet.

§ 5

Gesellschafterkonten

- (1) Für jeden Kommanditisten wird ein **Kapitalkonto** eingerichtet, das - soweit die Kommanditeinlagen erbracht sind - die Höhe der Beteiligung am Gesellschaftsvermögen wiedergibt (sog. **Kapitalkonto I**). Auf dem Kapitalkonto I werden die zum Handelsregister angemeldeten Kommanditeinlagen – Haftenlagen – sowie die Pflichteinlagen der Kommanditisten erfasst. Das Kapitalkonto I ist ein Festkonto; es wird nicht verzinst.

- (2) Für jeden Gesellschafter wird als Unterkonto zum Kapitalkonto I ein **variables Kapitalkonto** eingerichtet (sog. **Kapitalkonto II**).

Auf dem variablen Kapitalkonto werden Zuzahlungen eines Gesellschafters in das Eigenkapital, die nicht auf einer Erhöhung des festen Kapitalkontos I beruhen, sowie nicht entnahmefähige Gewinnanteile gebucht.

Weiterhin werden etwaige Verluste der Gesellschafter auf diesem Konto verbucht. Spätere Gewinnanteile sind diesem Konto mindestens solange gutzubringen, bis dieses Konto wieder ausgeglichen ist.

- (3) Über die Einrichtung weiterer Konten und deren Verzinsung entscheidet die Gesellschafterversammlung durch einfachen Beschluss.

§ 6

Geschäftsführung und Vertretung

Zur Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft ist die persönlich haftende Gesellschafterin berechtigt und verpflichtet. Sie selbst ist von den einschränkenden Bestimmungen des § 181 BGB befreit.

§ 7

Wahrnehmung der Rechte an der Komplementärin (sog Einheitsgesellschaft)

- entfällt -

§ 8

Jahresabschluss

- (1) Die Geschäftsführer haben den Jahresabschluss (Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang) innerhalb der gesetzlichen Frist aufzustellen und falls Gesetz o-

der Gesellschafterbeschluss eine Prüfung vorsehen, dem Abschlussprüfer zur Prüfung vorzulegen.

- (2) Die Geschäftsführer haben den Gesellschaftern den Jahresabschluss - soweit eine Prüfung zu erfolgen hat, gemeinsam mit dem schriftlichen Prüfungsbericht des Abschlussprüfers - unverzüglich nach Fertigstellung mit ihren Vorschlägen zur Gewinnverwendung zur Beschlussfassung vorzulegen.
- (3) Der Jahresabschluss ist von der Geschäftsführung zusammen mit der Einladung zur ordentlichen Gesellschafterversammlung den Gesellschaftern zu übersenden.

§ 9

Gesellschafterversammlung

- (1) Die Gesellschafterversammlung beschließt außer über die ihr im Gesellschaftsvertrag zugewiesenen Gegenstände über die ihr laut Gesetz überlassenen Gegenstände und Fragen.
- (2) Eine ordentliche Gesellschafterversammlung soll mindestens einmal jährlich entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und Fristen zur Beschlussfassung über den Jahresabschluss für das abgelaufene Geschäftsjahr und die Entlastung der Geschäftsführer stattfinden.
- (3) Gesellschafterversammlungen sind außer in den Fällen, in denen die Gesellschafter gemäß Gesellschaftsvertrag oder nach dem Gesetz Beschlüsse zu fassen haben, einzuberufen sooft es im Interesse der Gesellschaft erforderlich ist. Insbesondere obliegt ihnen auch die Beschlussfassung über die Änderung des Gesellschaftsvertrages und die Auflösung der Gesellschaft.

Kommanditisten, die mindestens 25 v.H. der Kommanditeinlage oder der Stimmrechte besitzen, sind berechtigt, die Einberufung einer Gesellschafterversammlung durch die Komplementärin zu verlangen.

Die Einberufung zur Gesellschafterversammlung hat in allen Fällen durch die Komplementärin mit eingeschriebenem Brief an alle Gesellschafter unter Mitteilung der Tagesordnung zu erfolgen. Die Einladung soll mindestens 10 Tage vor dem Tage der Gesellschafterversammlung ergehen, wobei der Tag der Absendung nicht mitzurechnen ist.

- (4) Eine Gesellschafterversammlung kann auch ohne Einhaltung von Formen und Fristen abgehalten werden, wenn alle Gesellschafter anwesend oder vertreten sind und der Abhaltung der Gesellschafterversammlung zustimmen.

Beschlüsse der Gesellschafter können auch außerhalb von Gesellschafterversammlungen auf schriftlichem, fernschriftlichem, telegrafischem, mündlichem oder fernmündlichem Wege sowie auf elektronischem Wege per E-Mail gefasst werden, wenn alle Gesellschafter hiermit einverstanden sind.

- (5) Die Gesellschafter sind berechtigt, ihre Gesellschafterrechte durch einen Vertreter mit schriftlicher Vollmacht ausüben zu lassen, sofern es sich bei dem Vertreter um einen Mitgesellschafter oder einen zur Berufsverschwiegenheit verpflichteten Dritten handelt. Das Recht zur persönlichen Teilnahme wird hiervon nicht betroffen.
- (6) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn Gesellschafter anwesend oder vertreten sind, denen mindestens 75 v.H. des festen Kapitals und der Stimmrechte zustehen. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, so ist durch die persönlich haftende Gesellschafterin binnen zwei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung einzuberufen. Diese ist für die Gegenstände der Tagesordnung der Gesellschafterversammlung, in der sich die Beschlussunfähigkeit ergeben hat, ohne Rücksicht auf den Umfang des vertretenen Kapitals, beschlussfähig; hierauf ist in der Einberufung unter Beachtung der Bestimmung von Absatz (3) hinzuweisen.
- (7) In jeder Gesellschafterversammlung ist, soweit nicht notarielle Beurkundung erfolgen muss, zu Beweis Zwecken, nicht als Wirksamkeitsvoraussetzung, Protokoll zu führen. Das

Protokoll ist vom Protokollführer zu unterschreiben und allen Gesellschaftern zur Kenntnis zu übersenden.

- (8) Zur Wirksamkeit der Beschlüsse ist eine einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen genügend, sofern das Gesetz oder dieser Gesellschaftsvertrag nicht zwingend eine höhere Mehrheit vorschreiben. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimme.

Die **Stimmrechtsverteilung** erfolgt abweichend von der kapitalmäßigen Beteiligung der Gesellschafter nach folgendem Verteilungsschlüssel, wonach dem Gesellschafter Herrn **Max Mustermann** neun (9) Stimmen, der Gesellschafterin **Marta Mustermann** eine (1) Stimme sowie hinzutretenden Neu-Gesellschaftern jeweils eine (1) Stimme zustehen.

- (9) Beschlüsse über die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen bedürfen eines einstimmigen Gesellschafterbeschlusses:

- a) Änderungen des Gesellschaftsvertrages,
- b) Auflösung der Gesellschaft,
- c) Änderung der Gewinnverteilung,
- d) Erhöhung oder Herabsetzung der Kapitaleinlagen.

- (10) Beschlüsse der Gesellschafterversammlung sind nur innerhalb einer Frist von einem Monat nach Durchführung der Gesellschafterversammlung bei Anwesenheit des Gesellschafters anfechtbar; bei dessen Abwesenheit beginnt die Frist nach Zugang des Protokolls bei dem Gesellschafter.

- (11) Solange Herr **Max Mustermann** Gesellschafter der Gesellschaft ist, steht ihm als nicht übertragbares, aber vererbliches gesellschaftsrechtliches Sonderrecht bei allen Beschlussfassungen der Gesellschafterversammlung das Recht zu, bei Stimmengleichheit („Pattsituation“) mit seinem Stimmrecht im Wege eines Stichentscheides eine Entscheidung der Gesellschafterversammlung herbeizuführen. Das Sonderrecht erlischt ersatzlos, mit dem Ausscheiden aus der Gesellschaft oder im Erbfall, wenn der Gesellschafter Herr

Max Mustermann über seine Sonderrechte keine testamentarische Verfügung getroffen hat, und zwar im Zeitpunkt seines Ablebens.

§ 10

Güterstandsklausel

- (1) Verheiratete Gesellschafter verpflichten sich, für ihre Ehe den gesetzlichen Stand der Zugewinnngemeinschaft durch eine güterrechtliche Vereinbarung zu modifizieren und hierdurch sicherzustellen, dass für den Fall der Scheidung oder Auflösung der Ehe die Beteiligung an dieser Gesellschaft von dem Ausgleich des Zugewinns unter Lebenden ausgeschlossen ist. Von dieser Verpflichtung sind die Gründungsgesellschafter **Max und Marta Mustermann** ausdrücklich ausgenommen.
- (2) Die Gesellschafterversammlung kann einen Gesellschafter, der gegen die Bestimmung des Absatz (1) verstößt, ausschließen. Die Ausschließung ist jedoch erst zulässig, wenn der Gesellschafter schriftlich zur Vereinbarung der modifizierten Zugewinnngemeinschaft gemäß Absatz (1) aufgefordert wurde und der Aufforderung nicht innerhalb von drei Monaten nachgekommen ist. Der betroffene Gesellschafter hat bei der Beschlussfassung über die Ausschließung kein Stimmrecht.
- (3) Die Gesellschaft kann Gesellschafter durch mit einfacher Mehrheit zu fassenden Beschluss vom Wettbewerbsverbot befreien.

§ 11

Vergütungen an Gesellschafter

- (1) Die persönlich haftende Gesellschafterin erhält vorab Ersatz aller ihr im Zusammenhang mit der Geschäftsführung entstandenen Kosten.
- (2) Für die Übernahme der persönlichen Haftung erhält die persönlich haftende Gesellschafterin eine jährliche Vergütung in Höhe von 5 v.H. ihres haftenden Kapitals, die auch in Verlustjahren zu zahlen ist.

- (3) Kommanditisten kann eine angemessene feste Tätigkeitsvergütung (kein Gewinn vorab) gewährt werden. Die Tätigkeitsvergütungen werden in Gesellschafterversammlungen festgesetzt und sind der wirtschaftlichen Entwicklung regelmäßig anzupassen.

§ 12

Beteiligung der Gesellschafter am Ergebnis der Gesellschaft

- (1) Der gemäß § 11 für die Geschäftsführung zu zahlende Kostenersatz, die Haftungsvergütung und die feste Tätigkeitsvergütung werden bei der Ergebnisermittlung als Aufwand verrechnet.
- (2) Gewinnanteile der Kommanditisten werden vorrangig zum Ausgleich eines auf dem variablen Kapitalkonto verbuchten Verlustes verwendet.
- (3) Am Ergebnis der Gesellschaft, das sich nach Abzug der Vergütung für die Geschäftsführung (einschließlich Haftungsvergütung) und der festen Tätigkeitsvergütung ergibt, nehmen die Kommanditisten im Verhältnis ihrer Kommanditeinlage teil, wobei deren Minderung durch etwaige Verluste außer Betracht bleibt.
- (4) An dem sich im Fall der Liquidation der Gesellschaft ergebenden Reinvermögen nehmen die Kommanditisten im Verhältnis ihrer Kommanditeinlage teil.

§ 13

Entnahmerecht

- (1) Jeder Gesellschafter ist berechtigt, die Beträge zu entnehmen, soweit er sie benötigt, um die durch die Zugehörigkeit zur Gesellschaft ausgelösten Steuern und Vorauszahlungen hierauf zu entrichten.
- (2) Weitere Entnahmen sind nur mit Zustimmung der Gesellschafterversammlung zulässig.

§ 14

Kündigung und Ausscheiden von Gesellschaftern

- (1) Das Gesellschaftsverhältnis kann von jedem Gesellschafter unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres gekündigt werden, **frühestens** jedoch zum 31.12.2039.
- (2) Durch die Kündigung wird die Gesellschaft nicht aufgelöst, vielmehr scheidet der kündigende Gesellschafter aus der Gesellschaft aus.
Kündigt ein Gesellschafter, so ist die Gesellschaft aufzulösen (Liquidation), wenn die übrigen Gesellschafter bis zum Wirksamwerden der Kündigung mit einfacher Mehrheit die Nichtfortsetzung des Gesellschaftsverhältnisses beschließen. Bei der Beschlussfassung über die Auflösung/Liquidation der Gesellschaft hat der kündigende Gesellschafter kein Stimmrecht.
- (3) Alle Kündigungen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Zustellung mit eingeschriebenem Brief.
- (4) Ein Gesellschafter kann aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden, wenn der betreffende Gesellschafter zustimmt.
- (5) Der Gesellschafter kann ohne seine Zustimmung aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden, wenn
 - (a) ein Gesellschaftsanteil eines Gesellschafters gepfändet oder sonst wie in diesen vollstreckt wird und die Pfändung bzw. Vollstreckungsmaßnahme nicht binnen zwei Monaten – spätestens bis zur Verwertung des Gesellschaftsanteils – wieder aufgehoben wird;
 - (b) über das Vermögen des Gesellschafters das Insolvenzverfahren eröffnet oder der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wird;

- (c) der Gesellschafter die Richtigkeit seines Vermögensverzeichnisses an Eides Statt zu versichern hat;
 - (d) der Gesellschaftsanteil im Wege der Zwangsvollstreckung oder im Insolvenzverfahren des Gesellschafters dennoch an einen Dritten gelangt ist, weil die Ausschließung während des Verfahrens aus welchem Grunde auch immer nicht zulässig war;
 - (e) der Gesellschafter Anlass gegeben hat, ihn aus wichtigem Grunde aus der Gesellschaft auszuschließen;
 - (f) ein Gesellschafter verstirbt und kein nachfolgeberechtigter Erbe oder Vermächtnisnehmer i.S. des § 18 dieses Vertrages Gesellschafter wird;
 - (g) der Gesellschafter die Gesellschaft gekündigt oder seinen Austritt aus ihr erklärt hat oder Auflösungsklage erhebt;
 - (h) der Gesellschaftsanteil im Wege der Gesamt- oder Teilrechtsnachfolge, insbesondere durch eine Umwandlung nach den jeweils geltenden Bestimmungen des Umwandlungsgesetzes, auf einen Dritten übergegangen ist;
 - (i) der Gesellschafter ohne schriftliche Zustimmungserklärung der Gesellschafterversammlung Unterbeteiligungen einräumt;
 - (j) an der persönlich haftenden Gesellschafterin eine andere Person als die vorliegende KG beteiligt wird, ohne dass die Kommanditistenversammlung einer solchen Beteiligung mit einstimmigen Beschluss zugestimmt hat.
- (6) Steht ein Gesellschaftsanteil mehreren Mitberechtigten ungeteilt zu, so ist ein Ausscheiden auch zulässig, wenn dessen Voraussetzungen nur in der Person eines Mitberechtigten vorliegen.
- (7) Bei der Beschlussfassung über das Ausscheiden hat der betroffene Gesellschafter kein Stimmrecht.
- (8) Die Gesellschafterversammlung kann anstelle des Ausscheidens beschließen, dass der Gesellschaftsanteil des betroffenen Gesellschafters von diesem den übrigen Gesellschaftern im Verhältnis ihrer Gesellschaftsanteile oder einem Dritten zum Erwerb anzubieten und abzutreten ist. Die übrigen Gesellschafter sind als dann berechtigt, diesen Gesell-

schaftsanteil im Verhältnis ihrer Gesellschaftsanteile zu erwerben; der Dritte erhält entsprechend ein Erwerbsrecht.

- (9) Die erwerbsberechtigten Gesellschafter oder der Dritte müssen binnen eines Monats nach Empfang des Angebots der Gesellschaft mitteilen, ob und in welcher Höhe sie von ihrem Erwerbsrecht Gebrauch machen wollen.

Macht ein Gesellschafter von seinem Erwerbsrecht ganz oder teilweise keinen Gebrauch, so wächst sein nicht ausgeübtes Erwerbsrecht den übrigen Gesellschaftern im Verhältnis der von ihnen bisher gehaltenen Gesellschaftsanteile zu.

- (10) Als Tag des Ausscheidens gilt der letzte Tag des Monats, in dem die Gesellschafterversammlung den Ausschluss beschließt; entsprechendes gilt für einen Erwerb gemäß Absatz (8).

§ 15

Übertragung von Gesellschaftsanteilen

- (1) Jede Übertragung von Gesellschaftsanteilen oder von Teilen von Gesellschaftsanteilen an Personen, die nicht Gesellschafter sind, bedarf der Zustimmung der Gesellschafterversammlung mit einem einstimmigen Gesellschafterbeschluss. Der betroffene Gesellschafter hat hierbei kein Stimmrecht. Das Zustimmungserfordernis gilt nicht bei der Übertragung von Gesellschaftsanteilen an nachfolgeberechtigte Personen i.S.d. § 18 dieses Gesellschaftsvertrags.
- (2) Die Gesellschafterversammlung kann von dem betroffenen Gesellschafter verlangen, dass sein Anteil zunächst den verbleibenden Gesellschaftern zur Übernahme angeboten wird.
- (3) Der Übertragung eines Gesellschaftsanteils steht seine Verpfändung, die Einräumung von Treuhandschaften oder Unterbeteiligungen oder die sonstige Belastung gleich. Dem

Nießbraucher, Treuhänder, Unterbeteiligten oder einem Pfandgläubiger steht kein Stimmrecht zu.

§ 16

Abfindungen von Gesellschaftern/Entgelt

- (1) Scheidet ein Gesellschafter aus der Gesellschaft aus, so wird er gem. folgender Regelungen abgefunden:

Bemessungsgrundlage für die Abfindung ist ein Vermögensstatus auf den Tag des Ausscheidens des Gesellschafters, aufzustellen nach den Grundsätzen des Bewertungsgesetzes in der Fassung vom 01.01.2009 **abzüglich eines Abschlags von 50 v.H..** Ein Ansatz für den Goodwill oder für nicht bilanzierungspflichtige schwebende Geschäfte unterbleibt.

Soweit durch den Tod oder das Ausscheiden eines Gesellschafters, der Übertragung der Beteiligung auf die Gesellschaft, Mitgesellschafter oder Dritte und einer etwaigen Bewertung unterhalb des Verkehrswertes Erbschaftsteuer nach dem Erbschaftsteuergesetz ausgelöst wird, so trägt diese Steuerlast der den Gesellschaftsanteil mittelbar oder unmittelbar erwerbende Gesellschafter; mehrere Gesellschafter im Verhältnis ihrer Erwerbe zueinander.

- (2) Der ausscheidende Gesellschafter nimmt jedoch am Ergebnis der Gesellschaft bis zum Zeitpunkt des Ausscheidens teil. Das Ergebnis wird zeitanteilig nach dem nächsten Jahresabschluss ermittelt und ist innerhalb von drei Monaten nach Feststellung dieses Jahresabschlusses auszuzahlen. An eventuellen Gewinnen aus schwebenden Geschäften nimmt der ausscheidende Gesellschafter nicht teil.
- (3) Nachträgliche Änderungen der Jahresabschlüsse der Gesellschaft infolge steuerlicher Außenprüfungen oder aus anderen Gründen, ausgenommen die Anfechtung des den betreffenden Jahresabschluss feststellenden Gesellschafterbeschlusses, bleiben auf die Vergütung ohne Einfluss.

- (5) Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres, in dem Einziehung erfolgt, verändert den Anteil am Unternehmenswert im Sinne von Absatz (1) nicht.
- (6) Erfolgt über die Höhe der nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen zu ermittelnden Vergütung keine Einigung, so wird sie durch einen Schiedsgutachter nach billigem Ermessen festgesetzt. Der Schiedsgutachter ist in allen vorgenannten Fällen auf Antrag eines Beteiligten von der Industrie- und Handelskammer des Sitzes der Gesellschaft zu benennen. Der Schiedsgutachter muss Wirtschaftsprüfer oder vereidigter Buchprüfer sein. Zwischen den Beteiligten besteht Einigkeit, dass die bestehenden Abfindungsregelungen auch dann Geltung haben sollen, wenn der tatsächliche Wert der eingezogenen Beteiligung und der vorstehend vereinbarte Abfindungswert erheblich auseinanderfallen.
- (6) Die Vergütung gem. Absatz (1) ist innerhalb von fünf Jahren in fünf gleichen Jahresraten zu zahlen, und zwar die erste Rate sechs Monate nach dem Zeitpunkt des Ausscheidens eines Gesellschafters, die folgende Rate nach weiteren zwölf Monaten usw. Frühere Zahlungen sind zulässig. Die Restforderung ist mit 2 Prozentpunkten über dem zum Zeitpunkt des Ausscheidens gültigen Basiszinssatz zu verzinsen. Die gesamte Forderung wird fällig, wenn der Schuldner nach Mahnung länger als einen Monat in Verzug bleibt.

§ 17

Vorkaufsrecht

- (1) Für den Fall des Verkaufs eines Gesellschaftsanteils oder eines Teiles eines Gesellschaftsanteiles durch einen Gesellschafter sind die verbleibenden Gesellschafter zum **Vorkauf** berechtigt. Dies gilt auch dann, wenn es sich bei dem Käufer um einen Gesellschafter handelt.
- (2) Das Vorkaufsrecht steht den berechtigten Gesellschaftern in dem Verhältnis zu, in welchem die Kapitaleinlagen bzw. Kommanditanteile der von ihnen gehaltenen Gesellschaftsanteile zueinander stehen.

- (3) Der Verkäufer hat den Inhalt des mit dem Käufer geschlossenen Vertrages unverzüglich sämtlichen Vorkaufsberechtigten schriftlich mitzuteilen. Das Vorkaufsrecht kann nur bis zum Ablauf von einem Monat seit Empfang dieser Mitteilung und nur durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Verkäufer ausgeübt werden.

Der Kaufpreis für den Gesellschaftsanteil bestimmt sich abweichend von dem zwischen dem veräußernden Gesellschafter und seinem Käufer bestimmten Kaufpreis nach dem Wert, der sich für diesen Gesellschaftsanteil nach § 16 dieses Gesellschaftsvertrages ergibt.

- (4) Ein Vorkaufsberechtigter kann sein Vorkaufsrecht nur hinsichtlich des gesamten ihm nach Abs. 2 Satz 1 zuwachsenden Anteiles ausüben. Falls mehrere Gesellschafter ihr Vorkaufsrecht ausüben, ist der Gesellschaftsanteil entsprechend zu teilen. Nicht teilbare Spitzenbeträge eines Gesellschaftsanteils stehen demjenigen Vorkaufsberechtigten zu, der sein Vorkaufsrecht als erster ausgeübt hat.
- (5) Falls der zum Verkauf stehende Gesellschaftsanteil aufgrund des Vorkaufsrechts an einen Vorkaufsberechtigten verkauft wird, sind die Gesellschafter verpflichtet, die für die Abtretung erforderliche Zustimmung zu erteilen und sämtliche Handlungen zur Übertragung des Gesellschaftsanteils vorzunehmen.

§ 18

Tod eines Gesellschafters/Nachfolge

- (1) Bei Ableben eines Kommanditisten als natürliche Person wird die Gesellschaft mit seinen nachfolgeberechtigten Erben oder Vermächtnisnehmern fortgesetzt.

Nachfolgeberechtigte Erben und Vermächtnisnehmer sind ausschließlich

- Mitgesellschafter
- die leiblichen und volljährigen **Abkömmlinge** von Gesellschaftern,

- Personen, die mit der in § 15 Absatz (1) dieses Gesellschaftsvertrages festgelegten Mehrheit Gesellschafter geworden sind oder deren Beitritt als Nachfolger entsprechend zugestimmt wird.

Sofern für minderjährige Abkömmlinge Testamentsvollstreckung angeordnet ist, sind diese auch nachfolgeberechtigt i.S.d. Satz 2.

- (2) Verstirbt ein Gesellschafter, ohne Personen als Erben oder Vermächtnisnehmer zu hinterlassen, die nachfolgeberechtigt i.S.d. Absatz (1) sind, so wächst der Gesellschaftsanteil des Verstorbenen den übrigen Gesellschaftern an. Der sich nach § 16 ermittelnde Abfindungsanspruch fällt in den Nachlass.
- (3) Werden mehrere Erben oder durch Verfügung von Todes wegen Begünstigte Gesellschafter, so können sie ihre Rechte nur durch einen gemeinsamen Vertreter ausüben lassen, der entweder Gesellschafter oder Testamentsvollstrecker oder beruflich zur Verschwiegenheit verpflichtet ist.
- (4) Sind Erben oder anderweitig durch Verfügung von Todes wegen Begünstigte nach dem Tod eines Gesellschafters aus der Gesellschaft ausgeschieden, ermitteln sich ihre Abfindungsguthaben nach § 16.

§ 19

Testamentsvollstreckung

Soweit Gesellschaftsanteile einer Testamentsvollstreckung unterliegen, werden sämtliche Rechte aus ihnen durch den oder die Testamentsvollstrecker ausgeübt.

§ 20

Beendigung der Gesellschaft

Im Falle der Beendigung der Gesellschaft erfolgt Liquidation durch die Komplementärin, sofern die Gesellschafterversammlung nicht einstimmig andere oder weitere Liquidatoren bestimmt.

§ 21

Gerichtsstand

Erfüllungsort für alle Verpflichtungen aus diesem Vertrag, auch für alle Ansprüche der Gesellschafter untereinander sowie Gerichtsstand der Gesellschaft ist – soweit gesetzlich zulässig – der Sitz der Gesellschaft.

§ 22

Mediation

- (1) Die Parteien dieses Vertrages verpflichten sich, bei Streitigkeiten aus oder in Zusammenhang mit diesem Vertrag vor Anrufung eines Gerichts und/oder vor dem ordentlichen Rechtsweg eine Mediation durchzuführen.
- (2) Die Parteien haben sich hierfür innerhalb von 10 Werktagen einvernehmlich auf einen Mediator zu verständigen. Kommt eine Einigung nicht zustande, wird der Mediator von der für die Gesellschaft zuständigen IHK für die Parteien verbindlich bestimmt.
- (3) Die Mediation beginnt mit dem Antrag eines Gesellschafters, dass ein Mediationsverfahren durchgeführt wird. Der Antrag ist jedem Mitgesellschafter zuzustellen und muss eine kurze Darstellung des Streitgegenstandes und mindestens einen Vorschlag für einen Mediator beinhalten.
- (4) Eine Klage ist erst zulässig, wenn im Rahmen der Mediation ein Verhandlungstermin stattgefunden hat oder wenn seit dem Mediationsantrag einer Seite mehr als 60 Werkta-

ge verstrichen sind. Diese Maxel ordnet verbindlich die Durchführung einer Mediation an. Das heißt, dass damit eine Prozessvereinbarung der durch den Gesellschaftsvertrag verbundenen Gesellschafter geschaffen wird. Die Prozessvereinbarung gilt nicht für Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes.

- (5) Die Kosten der Mediation tragen die Parteien je zur Hälfte, es sei denn, sie einigen sich in der Mediation auf eine andere Verteilung.

§ 23

Schlussbestimmungen

- (1) Änderungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.
- (2) Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder nichtig sein oder ihre Rechtswirksamkeit durch spätere Umstände verlieren, so wird die Gültigkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. Die Gesellschafter sind vielmehr verpflichtet, einer Regelung zuzustimmen, die dem Sinn der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt.
- (3) Die Kosten dieses Vertrages trägt die Gesellschaft.

Musterstadt, den __.__.2019

Max Mustermann
Kommanditist

Marta Mustermann
Kommanditistin

Max Mustermann
*Geschäftsführer der
Komplementärin*

UR-Nr. ____/2019
der Urkundenrolle für das Jahr Zweitausendneunzehn - 2019 -

B e g l a u b i g u n g s v e r m e r k

Ich beglaubige als echt vorstehend eigenhändige vor mir vollzogene Unterschriften der mir bekannten Personen

1. Herr **Max Mustermann**, geb. am 16.08.1957,
wohnhaft Musterstraße 123, 12345 Musterstadt.
2. Frau **Marta Mustermann**, geb. am 17.01.1959,
wohnhaft Musterstraße 123, 12345 Musterstadt.

Musterstadt, den __.__.2019

Notar